

Die politische Bedeutung der Deckung der Heeresvorlage.

Von Ernst Bassermann, Mitglied des Reichstages.

Der starke Kontrast zwischen der Finanzreform des Jahres 1909 und der Kostendeckung der Heeresvorlage des Jahres 1913 springt in die Augen. 1909 zerbrach über Braunkohlen- und Dehndendensteuer der Billon-Bloch, und im Unfrieden schieden sich die bürgerlichen Parteien in den schwarzblauen Bloch der Konservativen und des Zentrums und die durch die Finanzreform geeinten liberalen Fraktionen. Seitdem ist die Frage der Dehndendensteuer nicht aus den Diskussionen und aus den Wahlkämpfen verschwunden, und es wurde sichtbar, daß nicht eher Frieden eintreten werde, als bis die Dehndendensteuer verfassungsrechtlich verwirklicht war. Und drängend waren diese Kämpfe. Das Volk verstand es nicht, daß man die Erbschaftsteuer abgelehnt und hypothekalen den Bloch zerlegt hätte, und die zur Verwirklichung der Steuer gezielte sich das Vertrauen nach ihrer Einführung. Heute ist der Frieden geschlossen, und gegen die Stimmen der Konservativen ist von einer großen Mehrheit aller anderen Parteien die Deckung für die laufenden Ausgaben in dem Besitzsteuergesetz gefunden worden.

Der Ausgangspunkt der heutigen Einigung ist der Antrag Bassermann-Erzberger, der an die Militärvorlage 1912 anknüpfte. Eine allgemeine Besitzsteuer wurde in ihm von Zentrum und Nationalliberalen gefordert, und der Reichstag nahm den Antrag an. Daß sich damals Zentrum und Liberale zusammenschloßen, kündigte eine neue politische Situation an, die sich nun verwirklicht hat. Das Merkmal der Lage ist, daß Zentrum und Konservative sich trennten, und daß die Sozialdemokratie für die Besitzsteuer stimmte. Die Konservativen standen abseits. Was bei dem Antrag Bassermann-Erzberger ihnen, wenn auch mit gequälten Erklärungen möglich schien, die Zustimmung zu diesem Besitzsteuerantrag unter allerhand Vorbehalten auszusprechen, jetzt war es anders, jetzt scherte die konservative Fraktion ab. Sie allein blüht auf dem Boden der Regierungsvorlage und forderte 80 Millionen neuer Matrikularbeiträge, obwohl dadurch, dem Bismarckschen Grundgesetz gegenüber, das Reich noch mehr als zuvor lästiger Kollongier der Einzelstaaten geworden wäre. Wenn man bedenkt, daß vor ein paar Jahren die Verbündeten der Regierung 80 % pro Kopf für eine unerträgliche Belastung der Einzelstaaten erklärten, und nun schwer davon werden konnten, diese 80 % auf den Kopf der Bevölkerung zu konvertieren, dann ist es nicht recht begreiflich, daß man diesen durch eigene Ausgaben zum Teil schwer belasteten Einzelstaaten nunmehr weitere 1,25 A pro Kopf an Matrikularbeiträgen aufzuerlegen bereit war. Freilich war es ein offenes Geheimnis, daß Preußen diesen Weg der veredelten Matrikularbeiträge nicht gehen wollte. Dem 28. Juni ist eine hohe politische Bedeutung beizumessen. Zunächst hat sich der Grundgesetz durchgesetzt, daß, wenn im Reich ein Bedarf in so außerordentlicher Höhe entsteht, wie dies bei den letzten Militärvorlagen der Fall war, eine Verweisung der Deckung auf Matrikularbeiträge nicht mehr möglich erscheint. Eine überwältigende Mehrheit hat in namenhafter Abstimmung den Grundgesetz durchgesetzt, daß in reichseigenen Einnahmen die Deckung gefunden werden muß. Dieses entspricht der Tradition der nationalliberalen Partei und hält die finanzielle Selbstständigkeit der Einzelstaaten aufrecht. Die einzelstaatlichen Finanzen müssen in Unordnung geraten, wenn steigende Beiträge für die Reichskasse die Stetigkeit ihrer Finanzwirtschaft vernichten. Der Bismarcksche Grundgesetz, daß das Reich nicht Kollongier der Einzelstaaten sein soll, muß dasin führen, die Matrikularbeiträge zum mindesten nicht höher werden zu lassen, als sie heute sind. Zum zweiten hat es sich erwiesen, wie schwer es ist, höhere Konsumsteuer zu verwirklichen. Die Finanzreform des Jahres 1909 liefert dafür den besten Beweis. Ueber der Braunkohlenbesteuerung brach damals der Streit aus, und bei Tabak und Bier hat sich herausgestellt, wie sehr

eine hohe Steuer von Konzentrationen-Prozess befördert und mittelstandseindlich wirkt, da sie am meisten die kleinen und mittleren Betriebe bedrückt. Sollten große neue Bedürfnisse des Reiches auftreten, so würde die Lage nicht unbedenklich werden. Darüber geben die Stimmen aus dem Lande genügenden Aufschluß, daß nunmehr die Besitzsteuer eine solche Höhe erreichen wird, daß es kaum möglich sein dürfte, sie noch weiter zu steigern. Eine Besteuerung, welche die Kapitalbildung verhindert, ist volkswirtschaftlich für ein empfortretendes Land mit starkem Geldbedarf äußerst schädlich. Man muß hoffen, daß nunmehr weitere außerordentliche finanzielle Anforderungen erspart bleiben. Träben solche erneut auf, so würde der Gedanke der Einführung von Staats-Monopolen verstärkt Gestalt gewinnen.

Was die Gruppierung der Parteien anlangt, so ist das Interessanteste, wie leicht sich das Zentrum vom konservativen Einfluß emanzipiert hat. Es hat sich wiederum erwiesen, wie wenig sich das Zentrum von politischen Sentimentalitäten bestimmen läßt. Es war offenbar, daß weitestgehende Strömungen in Zentrumskreisen die Dehndendensteuer forderten, und es war dem Zentrum zu gefährlich, seinen Widerstand aufrecht zu erhalten und damit vor allem die Zentrumskräfte für den Kopf zu kosten. So vollzog sich trotz des energischen Widerstands des Rheinischen Bauernvereins ohne starken Widerstand des Einheitsvereins auf die Besteuerung des Grundbesitzes. Demgegenüber ist, daß die beiden liberalen Fraktionen in allen Stadien der Verhandlung einig waren. Man war sich in der nationalliberalen Fraktion darüber klar, daß es verfehlt gewesen wäre, sich in den Bannkreis des sogenannten schwarzblauen Blochs zu begeben und damit unter Preisgabe der konsequent durchgeführten Politik der letzten Jahre die härteste Erschlitterung in die Reihen der eigenen Partei zu tragen; andererseits herrschte in der Volkspartei der offensichtliche Wunsch, sich nicht in das Schlepptau der Sozialdemokratie nehmen zu lassen, mit all den unangenehmen politischen Wirtungen, welche eine Spaltung der liberalen Fraktionen und eine Kooperation von Sozialdemokratie und Volkspartei im Gefolge haben mußte. Man war sich in den beiden liberalen Fraktionen darüber einig, daß man nötigenfalls die Dehndendensteuer einbringen und dann durchsetzen müsse, und man vereinbarte, daß dies von beiden Fraktionen gleichzeitig geschehen werde. Der wichtigste tatsächliche Moment war, als man in der Budgetkommission die zweite Beratung der Heeresvorlage vor Finanzreform der Deckung beschloß. Dieser Beschluß war deshalb so wichtig, weil die Sozialdemokratie durch ihre Zustimmung zeigte, daß sie nicht willens war, die Geschäfte der Rechten zu befragen. Entscheidend war die feste Entschlossenheit der Linken, wenn es nicht anders geht, Heeresvorlage und Deckung getrennt zu behandeln, um die Verwirklichung der Heeresvorlage auf Ende Juni sicherzustellen. Diese Behandlung mag der Sozialdemokratie schwer gefallen sein, da in ihr eine Förderung der Heeresvorlage lag. Aber es hatte diese Stellungnahme das Gute, das damit klar wurde, daß die Linke in der Lage war, auch die Dehndendensteuer durchzusetzen. Diese Sachlage war für die Entschlüsse der Zentrumskräfte nicht ohne Bedeutung. Das Zentrum mußte erkennen, daß die Mehrheit des Reichstages entschlossen war, nötigenfalls die Heeresvorlage vor der Deckung zur Erzielung zu bringen; geschah dies aber, dann war das Zentrum in eine fatale Lage gebracht. Dann mußte sich das Zentrum entscheiden, ob es auch ohne Deckung und, ohne der Art der Deckung in der Zukunft sicher zu sein, die Heeresvorlage annehmen und sich damit eines guten Stück Einflusses auf die Art der Deckung begeben oder aber, ob es durch Verweigerung der Heeresvorlage mangels Deckung den Konflikt mit der Reichstags-Auflösung herbeiführen wollte. Diese Lage

bot naturgemäß einen starken Anreiz zur Verständigung, gleichmäßig für die Liberalen und das Zentrum, für letzteres aus dem vorerwähnten Grunde; dabei wurde der Wille zur Einigung mit den Liberalen beim Zentrum in dem Augenblicke stärker, als dasselbe erkannte, daß es dem Liberalen ehrlich ernst war, die Deckung nach in diesem Sommer zu verabschieden. Für die Liberalen aber lag der Anreiz zur Einigung mit dem Zentrum in der Tatsache, daß sie mit der Sozialdemokratie zusammen wohl die Erbschaftsteuer erledigen, nicht aber den weiteren Bedarf von rund 100 Millionen Mark aufbringen konnten, da bei der Zuckersteuer, dem Umsatzsteuer und den neuen Steuern die Sozialdemokratie verweigerte. Auch die Aussicht, sich bei der ganzen Deckungsfrage in die Abhängigkeit der Sozialdemokratie zu begeben, war durchaus nicht reizvoll.

Die Konservativen beobachteten diese ganzen Vorgänge mit starkem Mißbehagen. Von Tag zu Tag wurde es klarer, daß das Zentrum bereit war, sich von den Konservativen zu trennen; daß die Konservativen die direkte Reichsteuer ablehnen würden, hat man wohl zunächst beim Zentrum nicht geglaubt. Allmählich aber, als die Konservativen deutlicher wurden und ihrer Abneigung gegen eine Reichs-Besitzsteuer, welche das Grundbesitz umfaßt, immer stärkeren Ausdruck verliehen, wurde es sichtbar, daß die Wege von Zentrum und Konservativen sich scheiden würden. Es ist tödlich, dem Zentrum aus seinem Verhalten einen Kontrast zu machen. Zentrumspolitik war jederzeit frei von Kooperationspolitik für eine bestimmte Partei und wachte sich der jeweiligen Zeitlage immer sehr anpassend. Nachdem im Jahre 1909 das Zentrum eine wenig populäre Steuerpolitik getrieben hatte, erforderte es das eigentliche Interesse dieser Partei im Jahre 1913, diese Wege nicht wieder zu gehen und der Forderung einer allgemeinen Reichs-Besitzsteuer sich nicht zu widersetzen. Ebenso tödlich ist es, den liberalen Fraktionen den Vorwurf zu machen, daß die umgefallen sind und die Dehndendensteuer preisgegeben haben. Der Liberalismus konnte und durfte sich bei der Deckung nicht ausschalten; er mußte mithelfen, die Deckung und zwar in vollem Umfang zu schaffen, wenn er ein politischer Machtfaktor unter den seit 1909 stark veränderten politischen Verhältnissen sein wollte. Eine volle Deckung brachte aber nur die Einigung mit anderen Parteien. Die Konservativen haben ihr Mißbehagen; denselbenwert war der 30. Juni 1913, der die Erbschaftsteuer verwirklichte, die Konservativen isolierte und ihnen bewies, daß stichlich berechnete Forderungen sich durch ihr eigenes Gewicht durchsetzen, für sie nicht. Wäre die Erbschaftsteuer im Jahre 1909 von den Konservativen angenommen worden, dann war die politische Krise vermieden, die Verbitterung der bürgerlichen Parteien unbeschäftigt, und 110 Sozialdemokraten wären nicht in den Reichstag eingezogen. Heute ist, wie die Redner der konservativen Partei hervorhaben, die Sozialdemokratie eine Macht; die Erbschaftsteuer aber ist in einer Form und unter Bedingungen, die in mancher Bestimmung, wie die konservativen Redner selbst hervorhaben, unbequem sind, als sie die Vorlage von 1909 mit sich brachte, durchgesetzt worden. Die konservative Presse wurde nicht müde, zu versichern, daß Heeresvorlage und Deckung unbedingt von derselben Mehrheit erledigt werden müßten. Trotz der Zweifel der liberalen Presse, ob das Ziel erreicht werden könne, blieben die Konservativen auf ihrer Meinung stehen. Als es klar wurde, daß die bürgerlichen Fraktionen geschlossen für die Heeresvorlage stimmten, und daß die Liberalen sich mit dem Zentrum auf dem Boden einer allgemeinen Reichs-Besitzsteuer einigen würden, versagten sich die Deutschkonservativen diese Einigung und verließen damit den von ihnen selbst aufgestellten Grundgesetz derselben Mehrheit für Heeresvorlage und Deckung.

Die bedeutungsvolle Abgabe an Liberale und Zentrum erfolgte in der Schlußsitzung des Reichstages am 30. Juni 1913. Hat sich wohl die konservative Fraktion daran erinnert, wie man die nationalliberale Partei beschimpfte, als sie die unglückliche Reform von 1909 zurückwies? Am gleichen Tage ereignete sich ein Vorgang, der bedeutungsvoll ist. Die Sozialdemokraten stimmten nicht nur für den Heeresbeitrag, sondern auch für die Besitzsteuer. Wer sich der gutwilligen Jahre erinnert, dem klingt das Wort Wetbels und anderer im Ohre: Diesem System keinen Großen!, und heute bewilligt die Sozialdemokratie diesem System für Heereszwecke einen ausgeschöpften Heeresbeitrag von einer Milliarde und die Besitzsteuer für laufende Ausgaben des Heeres. Die nationalliberale Fraktion hielt daran fest, daß es Aufgabe des Reichstages sei, in diesem Sommer sich über die Deckung zu einigen. Von einer Beschließung auf den Herbst konnte sich die Fraktion eine Förderung nicht versprechen, da die Erfahrung lehrte, daß eine monatslange Verhandlung in Presse und Versammlungen die Gegenstände nur vertieft und jede Einigung schließlich tötet. Die nationalliberale Partei hat aber auch gezeigt, daß sie bei großen nationalen Aufgaben die Verständigung sucht; sie hat die Hand zur Verständigung geboten, das Schulter an Schulter mit der Volkspartei für das große Ziel einer Reichs-Besitzsteuer gekämpft, mit dem Zentrum dasselbe verwirklicht und sich um die Sache des Vaterlandes wohl verdient gemacht.

(Schluß des redaktionellen Teiles.)

Winke für die Gasküche.

1. Wenn die Speise kocht, die Flamme klein stellen.
2. Die Flamme darf nicht über den Topfboden hinaus-schlagen.
3. Die Flamme des Gaskochers muss mit blaugrünem Kern brennen und darf nicht leuchten.
4. Man verwende nur richtig gebaute Kocher mit ein-stellbarer Flamme, womöglich mit Plattenerhitzer.
5. Man nehme nur Emaille- oder Aluminiumtöpfe mit breitem Boden.

Korsetts, Leibbinden etc.

kaufen Sie am vorteilhaftesten im Korsetthaus Aue, Wettinerstrasse 19

auf Wertenthin — so was gibt es hier auch schon! Na, mir soll es recht sein. Aber mit Ihrem Vorschlag, Verehrtester — er wandte sich nun an Wertenthin direkt — ist es nichts, den lehne ich rundweg ab. So ganz gleich, wie Sie das eben hinstellten, sind die Bedingungen denn doch nicht, unter denen wir beginnen wollen. Wir haben allerdings in diesem Augenblick gleich viel oder gleich wenig; unsere Arbeitskraft, und im übrigen, wie Sie zutreffend bemerken, nichts. Aber, merken Sie wohl: Sie alle haben die Arbeit Ihrer Hände — ich die Arbeit meines Kopfes zu bieten, und meine Arbeit ist gewiß nicht geringer anzuschlagen als die Ihre. Darüber hinaus schaffe ich das Geld, für das ich persönlich haften. Darüber hinaus trage ich allein alles Risiko, darüber hinaus nehme ich auch für bares Geld ab, was ich — zunächst wenigstens — nicht auch wieder in Bargesold umsetzen kann. Ob ich unter diesen Umständen überhaupt den Gewinn haben werde, den Sie im voraus mit mir teilen möchten, das ist doch äußerst fraglich; Sie alle haben doch demweg unter allen Umständen den Gewinn Ihrer Arbeit auf der Hand. Ich kann mein Kapital verlieren; Sie haben Ihr Kapital, Ihre Arbeitskraft nämlich, immer zur Verfügung. Das sind so einige der Unterschiede, die Sie, mein Lieber, übersehen haben; jedenfalls aber lehne ich den famosen kommunistischen Vorschlag unter allen Umständen ab.

Er machte eine kleine Pause und wandte sich dann wieder zur Menge.

Machen wir es kurz, meine Freunde! Wollen Sie sich auf der Grundlage, die ich Ihnen dargelegt habe, verpflichten, dann kommen Sie; im anderen Falle tut es mir eben leid. Meine Situation ist ja keineswegs verzweifelt und ich finde schließlich auch anderswo und unter günstigeren Umständen das, was ich suche; eines Erbstens.

Nun erhoben sich die Männer eifrig und drängten von ihren Plätzen fort.

Aber wieder hallte die helle Stimme Wertenthins durch den Raum: Einen Augenblick noch, rief er scharf, und die Leute hörten wirklich, ich bin nicht dumm genug, um einzusehen, daß Herr Bornemann recht hat, und wenn ich auch manches zu entgegnen hätte, so will ich es doch unterlassen.

Eines aber geb' ich euch allen zu bedenken: verpflichtet euch nicht auf ein Jahr! Es handelt sich bei dem neuen Unternehmen doch um einen Versuch, und das Ende ist nicht abzusehen. Darum ist ein Jahr eine zu lange Frist. Nehmen wir an, daß die Aufträge langsam kommen und daß wir von dem Verdienst nicht leben können — was fangen wir an, wenn Herr Bornemann uns verdrängen kann, andere Arbeit zu suchen? Oder nehmen wir an, was doch sehr leicht möglich ist, daß die Fabrik von einem Manne übernommen wird, der den Betrieb wieder aufnehmen will. Wie zur Verstärkung dauert's aber kein Jahr mehr. Werdet Ihr dann nicht lieber in der Fabrik arbeiten als daheim? Jetzt haben wir doch Wohnungen, in denen wir uns erholen können, wenn sie auch noch so dürftig sind. In Zukunft aber werden wir in einer Werkstätte wohnen, in der alles, was Hände hat, mitarbeiten muß — wollt Ihr das ein Jahr aushalten, wenn Ihr vielleicht in einem halben Jahre wieder in der Fabrik arbeiten könnt! Darum warne ich Euch: kein Jahr! Ein halbes Jahr ist für den Versuch gerade lange genug!

Die Leute fanden unschlüssig. Diesmal hatte der Wertenthin recht, und es war doch zu bedenken, ob man sich binden sollte.

Aber Paul ließ ihnen keine Wahl. Er verschaffte sich energisch Gehör und erklärte dann bestimmt: Ein Jahr und keinen Tag darunter. Ich weiß ja nicht, was aus der Fabrik werden wird; aber mir will doch scheinen, daß sobald nicht wieder einer den Mut finden wird, in das unrentable Unternehmen hineinzuspringen. Aber das kann uns heute einerlei sein. Ich weiß nur, daß ich keinen Pfennig erhalte, wenn ich nicht auch eine Gewähr für eine gewisse Beständigkeit des Betriebes bieten kann — na, und dazu ist ein Jahr doch das Mindeste. Was später wird, das werden wir ab; vielleicht finde ich selbst Leute, die sich für die Fabrik interessieren. Für jeden Fall muß ich darauf bestehen, daß die Arbeit für ein Jahr gesichert wird. Wollen Sie nicht — auch gut, dann setzen Sie eben zu, wie Sie ohne mich fertig werden.

(Fortsetzung folgt.)